

VORWORT

Inhalt
Jahresrückblick '91 Seiten 4 und 5
Belgien nach den Wahlen Seite 6
Betriebsbesetzung Hennigsdorf Seite 8

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 137 - Januar 1992

1 - DM - Solidaritätspreis: 2,- DM

Tariffrunden 1992

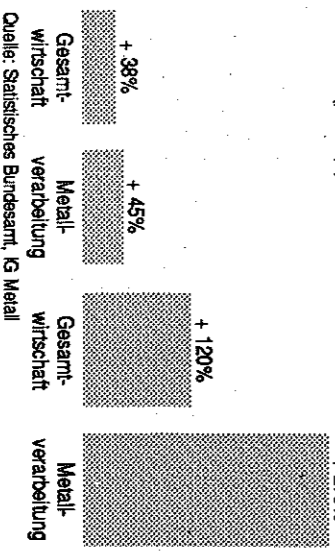
Höherer Löhne für offensivere für

Den Arbeitnehmern bläst bei den diesjährigen Tarifrunden ein schärferer Wind ins Gesicht. Die Bundesbank verband mit ihrer Leitzinserhöhung kurz vor Weihnachten eine deutliche Warnung vor angeblich zu hohen Lohnforderungen der Gewerkschaften.

Auch Wirtschaftsminister Müllermann (FDP) ist irritiert dagegen, daß sich dieses Jahr bei den Lohnsteigerungen „eine Fünf vor dem Komma“ befindet. Dabei erkennt sogar die Bundesbank, daß eigentlich Lohnhöhungen um 5% noch viel zu gering wären:

Fehlentwicklung der Einkommensverteilung
Zuwachs der Nettoeinkommen 1980/90 in Prozent

Arbeitsnehmerinkommen (pro Kopf)	Gewinneinkommen
+38%	+275%



So soll nach dem Willen der Arbeitgeber der Öffentliche Dienst mit niedrigen Abschlüssen in der laufenden Tarifrunde ein Signal für die folgenden Tarifrunden in anderen Bereichen setzen. Die Forderung der ÖTV nach 9,5% Lohnerhöhung wurde von Bundesregierung und Arbeitgeber hart angegriffen, obwohl sie nicht einmal die Einkommensverluste der letzten Jahre wehrmacht.

Auch Björn Engholm, SPD-Vorsitzender und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein sprach sich gegen eine weitere Ausweitung der Personalkosten aus. Der Öffentliche Dienst sei nun einmal nicht der Bereich mit der höchsten Produktivität (Handelsblatt, 11.11.91).

Meint er damit etwa, daß zum Beispiel die Krankenschwestern, die sich heute in unterbesetzten Krankenhäusern kaputtarbeiten, ihre Produktivität steigern müssen, bevor sie bessere Bezahlung verlangen können?

SPD und ÖTV gemeinsam gegen Kohl

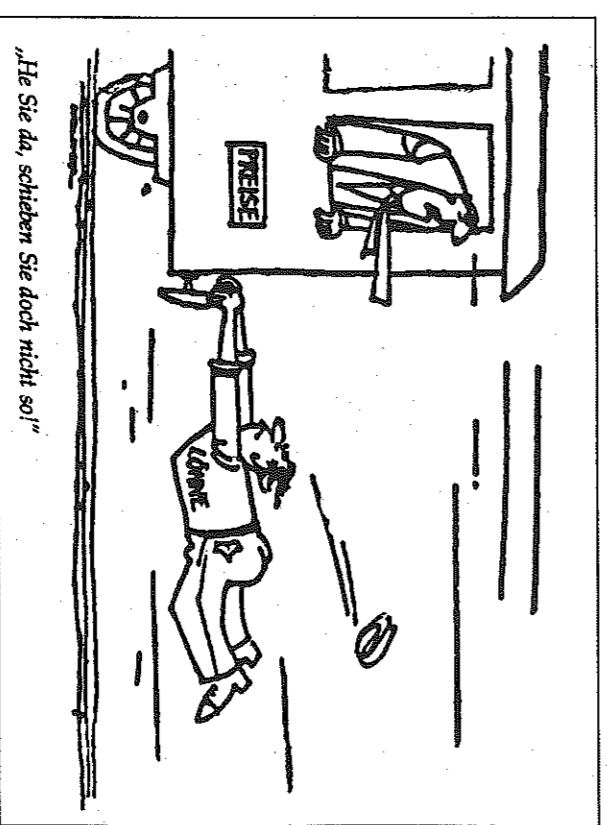
Die von den öffentlichen Arbeitgebern angeführten Argumente sind schwerlich unwiderlegbar: leere Kassen und wachsende Schulden in Ländern, Städten und Gemeinden. Schon jetzt laufen in vielen Kommunen Sparmaßnahmen und massiver Stellenabbau.

Aber die angeblichen Sachzwänge sind durch die Politik der Kohl-Regierung geschaffen worden, die die Re-

chen immer reicher macht und dafür die Kommunen ausblutet. Während Arbeitnehmer im Öffentlichen Dienst, sozial Schwache und die Masse der kleinen Steuerzahler für die „Kosten der Einheit“ zahlen, verdienen sich die Unternehmer am Absatzmarkt Ostdeutschland und die Banken an der Staatsverschuldung eine goldene Nase. So melden die deutschen Banken Rekordgewinne im ersten Halbjahr 1991: die Deutsche Bank (größte dt. Bank) hat ein Betriebsergebnis von plus 23,4% = 32 Milliarden DM und erwartet für

wäre im Interesse der Masse der Bevölkerung. Die SPD-regierten Kommunen sollten mit Erhöhungen der Gewerbesteuer zur Finanzierung der Ausgaben ein Zeichen setzen, anstatt selbst Sparhaushalte zu beschließen.

SPD und Gewerkschaften müssen konsequent die Interessen aller Lohnabhängigen vertreten. Dazu gehört auch die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West. In der bevorstehenden Tarifrunde sollte die SPD-Basis zusammen mit den Beschäftigten im Öffentlichen



1991 das bisher beste Gewinnjahr.

Die SPD-Führung und die SPD-Regierungen in Ländern und Kommunen sollen sofort damit aufhören, die Folgen der Bonner Politik nach unten weiterzugeben und stattdessen zusammen mit den Gewerkschaften gegen Bonn mobilisieren, um das fehlende Geld zu bekommen. Die SPD-regierten Länder haben schließlich die Mehrheit im Bundesrat.

Nicht die von Kohl geplante Unternehmenssteuerentlastung in Höhe von 31 Milliarden Mark, sondern eine stärkere Besteuerung der Unternehmen

Dienst Druck auf die SPD-Spitze machen, damit sie die berechtigten Forderungen der ÖTV unterstützt.

Nach dem mageren Abschluß von 6% im letzten Jahr ist es wichtig, daß die ÖTV-Spitze dieses Mal die Kampfkraft der Beschäftigten voll für die bevorstehende harte Tarifrunde mobilisiert. Es kann nicht angehen, daß bei der eher mäßigen Forderung nach 9,5% Lohnerhöhung nur ein Kompromiß herauskommt, sie muß ohne Abstriche durchgesetzt werden.

Ulf Petersen, Köln
Jungsozialist

Hintergrund

Schleswig-Holstein vor den Wahlen Kapitän Engholm auf falschem Kurs

Im April finden die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein statt. 1988 hatte der SPD-Dampfer mit 54,8% der Stimmen gewonnen. Doch Kapitän Engholm und Steuermann Janssen (Sozialminister) legten einen scharfen Steuerbord(=Rechts)-Kurs ein. Ergebnis: Eine starke Brise weht von vorn, die CDU nahm mit der „Asyldebatte“ der SPD den Wind aus den Segeln. Und am Horizont erkennt man deutlich die Totenkopffahnen der Faschisten.

Als Barschel vor vier Jahren auf hoher See baden ging, erwarteten viele von der SPD nach ihrem Sieg einen Neuanfang in Schleswig-Holstein. Doch von den großen Reformplänen ist nicht viel übriggeblieben. Trotz der durchgeführten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ist die Arbeitslosigkeit hoch, von groß versprochenen Ausstieg aus der Atomenergie ist nichts zu spüren.

Wie weit das Schiff vom Kurs abgekommen ist, sieht man aber am deutlichsten an dem Verhalten der SPD-Spitze in der Asylfrage. Anstatt die von der CDU künstlich aufgepuschte Asyldebatte als Ablenkung von der katastrophalen Politik der Bundesregierung zu entlarven und sich auf die Seite der Flüchtlinge zu stellen, verhält sich die SPD-Landesregierung genauso flüchtlingsfeindlich wie die CDU.

Um eine Abschiebung in die Ex-DDR zu verhindern, hatten Flüchtlinge die Anskar-Kirche in Neumünster besetzt. „Sozial“-Minister Günther Janssen bestand auf ihrem Abtransport nach Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern). Weder der wochenlange Kampf der Flüchtlinge, noch Dutzende von Nazi-Überfällen in der Ex-DDR hielten Janssen von seinen Plänen ab. Sein Argument: Greifswald sei genauso sicher wie Neumünster.

Wenige Tage nach der erzwungenen Abschiebung nach Greifswald wurde das Heim der Asylbewerber von über 200 rechtsextremistischen Skinheads und Hoodligans angegriffen. Auf Wunsch der Flüchtlinge sorgten am nächsten Tag Antifaschistinnen aus Hamburg und Schleswig-Holstein für eine sichere Rückkehr nach Neumünster. Dort und später in Nordstedt bei Hamburg suchten die Flüchtlinge wiederholt Schutz in Kirchen. Aber keine Gemeinde nahm es genau und gewährte ihnen dauerhaft Unterkunft. Die Forderung, in Schleswig-Holstein bleiben zu können, wurde von Janssen ignoriert, obwohl der Angriff auf das Heim ihn doch Lügen gestraft hatte. Schlimmer noch: Janssen behauptete, daß die Besetzung der Anskar-Kirche erst die Aufmerksamkeit auf die Flüchtlinge gelenkt hätte und sie so selbst mitschuldig an dem Angriff seien.

Die Bremer Wahl hat gezeigt, eine solche rechte Politik nur auf die Mühlstein der Nazis geht: rassistische Vorurteile verstärken sich in Schleswig-Holstein über Janssens Politik nur freuen. Da Kapitän und Steuermann SPD-Dampfers weiter auf ihrem beharren und so das Schiff auf Kurs setzen werden, sollte sich die SPD-Basis, also die SPD-Basis, übernehmen und das Schiff selbst übernehmen - und zwar mit dem Namen „SPD, hart Backbord!“ Pucki Wulf, Lübeck, Jungsozialist

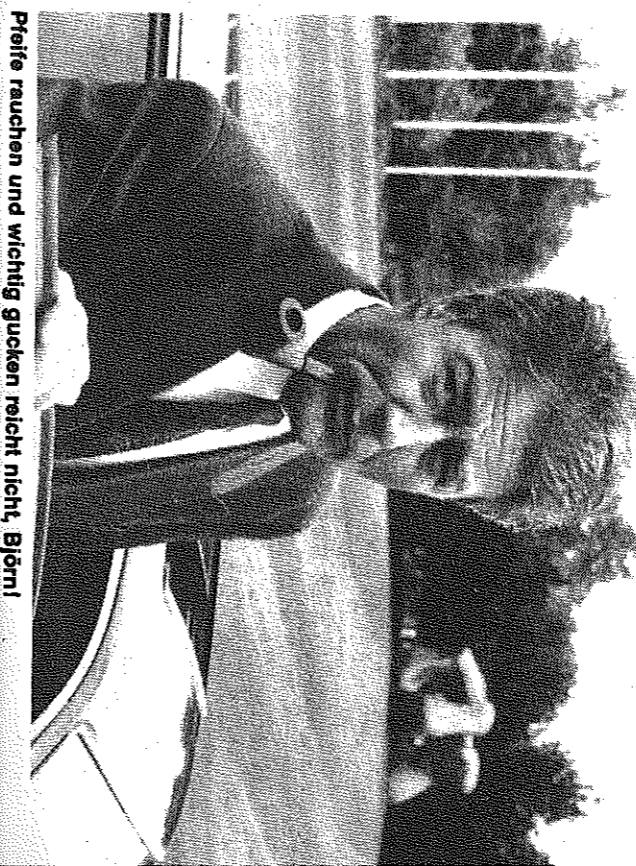
→ Wer kontrolliert den Wohnungsmarkt, Asylbewerber aus Kurdistan oder deutsche Makler?

→ Wer nimmt Tausenden Stahl- und Bergarbeitern den Arbeitsplatz weg, ein türkischer Kumpel oder ein Deutscher in Bonn?

→ Wer schießt Kindergärten, Altersheime, Jugendzentren und erhöht Steuern, Flüchtlinge aus Sri Lanka oder deutsche Politiker in Bundestag und Stadtrat?

Argumente und ein Programm zum Kampf gegen Rassismus und Faschismus

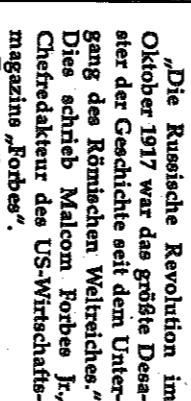
8 Seiten im Format DIN A 4, Preis 1,- DM, bei einzelnen Bestellungen an die Redaktion bitte Briefmarken (+ 1,- DM Porto) beilegen.



Preife rauchen und wichtig gucken reicht nicht, Björn!

Buchbesprechung

„10 Tage, die die Welt erschütterten“, von John Reed



„Die Russische Revolution im Oktober 1917 war das größte Desaster der Geschichte seit dem Untergang des Römischen Weltreiches.“ Dies schrieb Malcolm Forbes Jr., Chefredakteur des US-Wirtschaftsmagazins „Forbes“.

Obwohl der Autor in erster Linie die Ereignisse der Oktoberrevolution schildert, war für ihn eines klar: „Nun hieß es, Rußland gewinnen und dann - die Welt!“

Der amerikanische Journalist John Reed hätte seinem Landsmann sicher einiges zu sagen gehabt. Er war in Petrograd, als die Revolution ausbrach. Seine Erlebnisse schrieb er in dem Buch „10 Tage, die die Welt erschütterten“ nieder. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Geschichtsschreibern erzählt er die Ereignisse der Revolution in ihrem vollen Zusammenhang. In der Februarrevolution wurde der Zar gestürzt, der Lebensstandard der Bevölkerung änderte sich jedoch nicht. Die hungernden Soldaten an der Front wurden weiter zusammen geschossen. Die Arbeiter in den Städten mußten stundenlang für Brot anstehen. Die von den Bauern gewählten Bodenkomitees wurden eingespart. Aber nach Meinung der gemäßigten Sozialisten konnte nur ein Bündnis mit dem Bürgertum die Probleme lösen. Die Politik der gemäßigten Sozialisten in der „provisorischen Regierung schwankte zwischen wertlosen Reformen und brutaler Unterdückung“, schreibt Reed. Arbeiterkomitees wurden zerschlagen, Revolutionäre zum Tode verurteilt oder verhaftet. Die Bevölkerung wurde auf den Amtstisch der konstituierenden (verfassungsgebenden) Versammlung verstoßen.

Seit dem Februar 1917 gab es in Rußland eine Doppelherrschaft. Auf der einen Seite stand die provisorische Regierung, die von den besitzenden Klassen beherrscht war, auf der anderen Seite ein System der Rätedemokratie - die Sowjets. Reed schreibt: „In dieser Atmosphäre der Fäulnis und der Halbwahrheiten ließ sich nur ein klarer Ton vernehmen, der Ruf der Bolschewiki: Alle Macht den Sowjets.“ Sie forderten dies, obwohl die gemäßigten Sozialisten noch die Mehrheit in den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten hatten.

Rußland wurde gewonnen. Die Scheitern der Revolutionen in Europa isoliert bleiben. Diese Isolation und die Rückständigkeit des Landes waren die Grundlage für die spätere bürgerliche Entartung der Sowjetunion und das Terrorregime Stalins, das sich gegen die Traditionen der wirklichen Bolschewismus richtete.

Im September gewannen die Bolschewiki in den Sowjets der großen Städte die Mehrheit. Dem Petrograder Sowjet gelang es durch ein klares Programm die Soldaten hinter sich zu schaaren. Der zweite gesamtrussische Kongress der Sowjets stimmt für die Übernahme der Macht. Die provisorische Regierung wird gestürzt. Kein Wunder, daß die bürgerlichen Geschichtsschreiber dies als das „Ende der Demokratie“ ansehen. Sollen wir etwa von ihnen erwarten, daß sie die Vorteile einer demokratischen Arbeiterkontrolle zugeben?

Die Reaktion der Bourgeoisie ließ nicht lange auf sich warten. Gemeinsam mit den ehemaligen Grundbesitzern wollte man die junge Arbeiterdemokratie zerstören. Die Konterrevolutionäre wurden verhaftet und es folgte ein harter Bürgerkrieg. Dies als den Anfang des späteren Terrorstaates zu bezeichnen, wäre aber falsch. „Hä-

ten die Bolschewiki nicht die Regierungsgewalt ergreifen, zweifle ich nicht im geringsten daran, daß die Truppen des (deutschen) Kaiserreichs noch im Dezember in Petrograd um Moskau einmarschieren würden, um Rußland wieder den Zaren auf den Hals geholt hätte.“ (Reed)

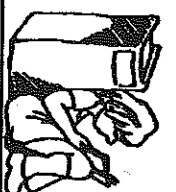
VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Im neuen Jahr werden wir unseren Geldbeutel noch oft unfreiwillig schneller ausleeren: Fahrpreiserhöhung bei der Bundesbahn, Gebührenerhöhungen in den Ämtern, die Mieten steigen weiter und in den Kommunen werden Kürzungen durchgezogen. Weil wir auch in diesem Jahr nicht einsehen, warum die Masse der Bevölkerung die Probleme der Marktwirtschaft finanzieren soll, während die Konzerne abbastieren, sind wir weiterhin auf eure Spenden und Aktivitäten zugunsten des Kampffonds angewiesen. Bis zum Redaktionsschluß am 18.

Dezember sind 831251 DM für das 4. Quartal 1991 eingegangen. Jetzt ist es besonders wichtig, daß Ihr schnell alles im Dezember gesammelte Geld überweist. Weil wir zum ersten Mal eine Januar-Ausgabe (mit 8 statt normalerweise 12 Seiten) herausgeben, sind auch unsere Kosten höher. Darum an alle VORAN-Unterstützer: Organisiert Zeitungsverkäufe, denkt an Broschüren und besonders das neue Falblatt gegen Ausländerhetze und Neonazis, fragt alle Sympathisanten nach Spenden! Geert Möbius, Köln, Jungsozialist

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973. Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie eV, verantwortliche Redaktur: Angela Bankert. Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 0221/134504, Fax 0221/137280. Druck: Blitz-Druck GmbH, Im Heselbruch 16, 4300 Essen 11. Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.



Aktuelles

Hamburg

SPD-Basis stoppt Diäten-Coup

Monatelang lief die Diskussion um eine Diätenerhöhung für die Hamburger Bürgerschaftsgeordneten - als gäbe es keine dringenderen Probleme in der Hansestadt. Die SPD-Spitze wollte zusammen mit der CDU das „Diäten-Ding“ auf rein parlamentarischer Ebene durchziehen, doch es hagelte massenhaft Proteste von der sozialdemokratischen Basis.

Ein Sonder-Parteitag mußte angesetzt werden. Die Delegierten entschieden dort mit nur einer Stimme Mehrheit, der von Landesvorstand und Fraktion vorgeschlagenen Neuregelung der Diäten zuzustimmen - nach einem dringenden Appell von Vöschner und aus Angst vor Regierungskrise und Neuwahl-Debakel.

Anfang Dezember beschlossen dann SPD- und CDU-Fraktion das neue Gesetz, das unter anderem vorsah, die Fraktionsvorsitzenden mit 19.500 Mark brutto zu entlohnen. Allen in der ersten Woche danach traten aus der SPD 600 Mitglieder aus der Bruch zwischen Parteispitze und Basis ist tiefer denn je. Die HamburgerInnen sind sauer, aggressiv, haben jegliches Vertrauen in dieses Selbstbedienungs-Parlament verloren. Sie fragen: Eine Gehaltserhöhung wofür? Und in der Tat: Nach der Wahl im Juni '91 fand keine Politik statt, die auch nur Ansätze von Problemlösungen bot. Statt sich an die Erfüllung der Wahlversprechen zu machen, wurde ein Sparprogramm angekündigt. Der neugebildete Senat ist entweder bewegungslos oder hat sich derart an Unternehmensinteressen und ihre „Sachzwänge“ angepaßt, daß es einem gruselt. Die SPD-Basis hat es nun endlich satt, zuerst funkelndes Wahlkampfplakat zu verteilen, um danach die Drehscheibe vor Ort abzubekommen.

Krach in der SPD

Diese Situation ist keineswegs neu, hat jedoch eine neue „Qualität“ erreicht. Den meisten SPD-Mitgliedern ist es nicht klar, wer eigentlich die Regierungspolitik bestimmt. Als der damalige Bürgermeister Klose 1982 die Beschlüsse des Landesparteitages gegen das AKW Brokdorf durchzusetzen versuchte, scheiterte er an den Verfechtern der Unternehmenspolitik in den ei-

genen Reihen. Sein Rücktritt signalisierte den Verzicht der Parteilinken, dafür zu kämpfen, was Austritte und die Entstehung der GAL (Grün-Alternative Liste) zur Folge hatte. Heute sind die Linken nahezu verschwunden, erst recht bilden sie keine organisierte Gegenkraft.

Viele Menschen fragen: Wie bekommen muß die SPD sein, wenn sie ihren Senatsordnern ab dem 55. Lebensjahr eine Spitzenrente für dreieinhalb Jahre Amtszeit beschert, während dieselbe Partei die Anhebung des Rentenerhalters durch die CDU-Regierung widerstandlos zuläßt? Daß es nun an allen Ecken und Enden viel lauter kracht und schreppert als gedacht, hat Bürgermeister Vöschner dazu veranlaßt, den Diäten-Coup per Senats-Veto zu stoppen. Zum bereits entstandenen Schaden ist jetzt auch noch ein handfester Krach innerhalb der Parteispitze entstanden: Auf der ersten Landesvorstandssitzung danach schickte die berüchtigte Betonfraktion einen ihrer Zöglinge vor, um Vöschneraus Rücktritt zu fordern, eben weil (!) dieser das Diäten-Ding stoppte. Jener Markus Piske, ein Wortführer der rechten „jungen Sozialdemokraten“, widerlegte diejenigen, die bislang glaubten, schümmern könne es mit der SPD nicht mehr werden - es kann: der Apfel fault nicht weit vom Stamm.

Krach mit den Hamburgern

Die Ergebnislosigkeit und Abgehobtheit der SPD-Politik haben in der breiten Bevölkerung zu Mißtrauen, Wut und Wahlenthaltung geführt. Jede/r dritte Wahlberechtigte hat im Juni nicht gewählt - bei Neuwahlen läge die Wahlbeteiligung noch tiefer im Keller. Vöschneraus Eiertanz hat den Abszurs seines Ansehens nicht verhindert

Wohnungswucher

Betrug am Mieter - ganz legal

Hausbesitzer müßte man sein. Dann würde man viel Geld dank Wucherermieten verdienen. Das geht ja problemlos, in Anbetracht der heutigen Wohnungsnott und dank der vermietereigenen Gesetzzugabe der Kohl-Regierung. Oft aber genügt selbst das nicht. Dann wird eben die Nebenkostenabrechnung manipuliert. Eine Nachzahlung ist fällig, bitte schön. Welcher Mieter ist denn schon in der Lage, zu wissen, was wann wie berechnet werden darf?

Im Frühjahr 1990 kündigte mir mein Vermieter eine Mieterhöhung von 460,- DM auf (zunächst) 520,- DM Warmmiete für 34m² an. Ich legte erfolgreich Widerspruch ein, aufgrund des allgemeinen Mietpreispiegels. Ein halbes Jahr später zog ich in eine neue Wohnung um. Erst zehn Monate nach meinem Auszug erhielt ich die Abrechnung über meine Nebenkosten. Ergebnis 1050,- DM Nachzahlung für 19 Monate Mietzeit. Umgerechnet sind das 55,- DM pro Monat. Damit hätte der Hausbesitzer nun beinahe doch noch etwas reich eine Mieterhöhung rückwirkend durchgesetzt.

Ich machte mir aber die Mühe, die Nebenkostenabrechnung zu überprüfen. Dabei bin ich auf eine Reihe von

können: Das Vertrauen der BürgerInnen in ihn ist von 46% (9/90) auf 29% (12/91) gefallen (FORSA-Institut). Solche Debakel erklären auch, warum 80% aller bundesdeutschen Jugendlichen je des Vertrauens in die Politik verloren haben.

Richtig ist, daß Hamburg nicht von einem Feierabend-Parlament wie bisher regiert werden kann, daß Volkswere-

tretern für ihre Tätigkeit bezahlt werden, um es auch Lohnabhängigen zu ermöglichen, die Interessen ihrer Klasse im Parlament zu vertreten. Allerdings müssen Abgeordnete und ihre „Löhne“ demokratisch kontrolliert sein, um tatsächlich die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten. Um die SPD zu einer wirklichen Interessenvertretung der Lohnabhängigen

zu machen, brauchen wir Vertreter in den Parlamenten, die nicht zu den „oberen Zahnanusend“ gehören, sondern zu den Millionen, die auf eine konsequente Politik gegen Wohnungsmangel und soziale Not angewiesen sind.

Susan Powell, SPD-Mitglied
Jens Breuß, Jungsozialist
Hamburg



Protest in der Hamburger Bürgerschaft.

Öffentlicher Verkehr in Stuttgart Wer soll das bezahlen?

Gespräch mit Tillmann Katzenbau, aktiv im Stuttgarter Schülerrat (SSR) und Schüler am Mörklegymnasium.

Wir haben uns heute bei einer Aktion von Euch auf dem Schlossplatz getroffen. Warum sind die Schüler so in Uniform? Der VVS (Verkehrsbund Stuttgart) will Anfang 1992 die Preise für das Schülerabo erhöhen, und da sind viele Schüler dagegen.

Betriffst das auch Dich selbst?

Ja, ich kann nicht mehr die Zonen wählen, es gehen nur noch die, die ich für den Schulweg brauche. Bisher war der ganze Stuttgarter Innenraum automatisch mit dabei.

Weniger Mehrkosten würde das kräftig bei Dir ausmachen?

Ungleich 18 Mark im Monat. Was hat der Stuttgarter Schülerrat bisher gemacht?

Am letzten Montag war eine Aktion

vor einer großen Verkaufsstelle der VVS in der Ketthauspassage mit Flugblattverteilung und Unterschriftensammlung. Davor wurde auf einem Schülerheft (50 Antwosende) das Ganze bei einer Auftraktveranstaltung besprochen. Und heute standen wir mit Transparenten auf dem Schlossplatz. Am 6. Dezember versenkten Schüler als Nikolaus verkleidet Umweltpässe zum Nulltarif unter dem Motto: „Eine schöne Bescherung“.

Wie geht's weiter?

Vielleicht gelingt eine Besetzung einer VVS-Einrichtung oder eine Schienenbesetzung oder so was. Im Prinzip läuft es auf einen Schülerstreik 'raus.

Warum gerade ein Streik?

Das erregt mehr Aufsehen als grad nur 'ne Demo nachmittags um vier. Ist das nicht sehr mutig zum jetzigen Zeitpunkt?

Um das Interesse vollends wachzurufen kommt es noch auf Aktionen an. Ob's zum Schülerstreik kommt, hängt noch von den weiteren Aktionen ab.

Hat der VVS schon reagiert?

Ja, der VVS will den Paß-Orange ab 13 Uhr gehen lassen, statt ab 14 Uhr. Dieses Angebot ist total lächerlich. Wie waren die Reaktionen auf die bisherigen Aktionen?

Einerseits gibt es immer die Leute, die sagen: Schaffst erst 'mal was usw. ... Andererseits gab es viel Zustimmung. Was macht ihr, wenn ihr bis zum Jahresende die Rücknahme nicht erreicht?

Dann werden wir weiter in der Kälte stehen und mit Aktionen versuchen, es wirklich noch so weit zu bringen. Kontaktdaten: Stuttgarter Schülerratstreif, Senefelderstraße 25a, oder Ulf Haberboesch, Tel. 0711/452282.

Dafür kämpft VORAN:

- Ein massives staatliches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus des öffentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Umweltschutzmaßnahmen.
- Arbeit für alle: Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost- und Westdeutschland, für Männer und Frauen, Deutsche und Ausländer.
- Garantierter Mindesteinkommen (einschließlich Rente) von 1500 DM netto für alle ab 18 Jahre.
- Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung für höhere Einkommen).

- Ein massives staatliches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus des öffentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Umweltschutzmaßnahmen.
- Arbeit für alle: Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost- und Westdeutschland, für Männer und Frauen, Deutsche und Ausländer.
- Garantierter Mindesteinkommen (einschließlich Rente) von 1500 DM netto für alle ab 18 Jahre.
- Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung für höhere Einkommen).

- Ein massives staatliches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus des öffentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Umweltschutzmaßnahmen.
- Arbeit für alle: Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost- und Westdeutschland, für Männer und Frauen, Deutsche und Ausländer.
- Garantierter Mindesteinkommen (einschließlich Rente) von 1500 DM netto für alle ab 18 Jahre.
- Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung für höhere Einkommen).

Jahresrückblick '91

1991 - Jahr der „Kreuzzug für Demokratie“ gegen den Irak

In der Nacht vom 16. auf den 17. Januar starteten die alliierten Streitkräfte unter dem amerikanischen Oberkommandeur Schwarzkopf den größten Luftangriff seit dem Vietnamkrieg. Am 15. Januar war das Ultimatum der Vereinten Nationen abgelaufen, das den sofortigen Rückzug des Irak aus Kuwait gefordert hatte.

In der UN-Resolution hieß es, der Irak habe gegen das Völkerrecht verstößt. Plötzlich entdeckten die Politiker der westlichen Großmächte, daß das Regime, dem sie jahrelang Waffen geliefert hatten, eine Diktatur war.

Was waren die Interessen der beiden Kriegsparteien? Saddam Hussein hatte zwei Dinge im Kopf: Ein wichtiger Aspekt war der wachsende Umnut im eigenen Land. Der Diktator versuchte so, mit dem Krieg von sich selbst abzulenken. Aufgrund niedriger Ölpreise und dem langen Krieg gegen den Iran war der Irak vor dem Krieg hoch verschuldet. Kuwait und andere Golfstaaten haben die Ölpreise seit Jahren niedrig gehalten, weil die Emire und Scheichs in diesen Ländern ihr Geld mehr mit Aktebeteiligungen an westlichen Konzernen machen, weniger mit dem Öl selbst. Daher war sein zweites Interesse, die Ölpreise wieder hochzutreiben, da die irakische Wirtschaft hauptsächlich von der Ölproduktion abhängig ist. Genau das konnten die USA nicht zulassen. Billige Ölpreise waren besonders in den 80ern eine Voraussetzung für die Profitsteige-

runge der Konzerne gewesen.

Die Heuchelei des Westens stieß bald auf die Ablehnung Hunderttausender weltweit. „Kein Blut für Öl“ war die Losung, mit denen bereits vor Kriegsausbruch im Januar Demonstrationen in den USA, Spanien, Deutschland, Türkei usw. gegen die Kriegspolitik ihrer Regierungen auf die Straße gingen.

In Westeuropa waren es besonders Jugendliche, die während gegen den Wahrsinn der Mächtigen demonstrierten. Nie

zuvor in der Geschichte hatte es bereits in der Frühphase eines Krieges so breite Protestbewegungen gegeben. Sie kamen zustande, obwohl die Gewerkschaftsführungen und die sozialdemokratischen Parteien im Westen geschwiegen oder den Krieg unterstützt haben. In den USA sammelten sich am selben Tag in großen Städten Hunderttausende, die Angst um Kriegsgopfer mischte sich mit Wut gegen die Politik der Bush-Regierung, die Milliarden Dollar für den Krieg

ausgab und gleichzeitig Kürzungspolitik im eigenen Land betrieb. (Die US-Regierung ließ sich dann von Japan und der BRD den Krieg bezahlen.)

Auch in der Türkei ging es um den Kampf gegen die eigene Regierung. Der damals laufende Bergarbeiterstreik weilte sich aus und entwickelte sich von ökonomischen Kampf zum politischen. Anfang Januar gab es einen Generalstreik. Ein Slogan war: „Dies ist nicht unser Krieg - unser Krieg ist der Krieg gegen Özal.“

In den Ländern des Nahen Ostens und in Nordafrika kam es zu Massenemonstrationen gegen die Intervention der USA. Mahnonetneregungen der

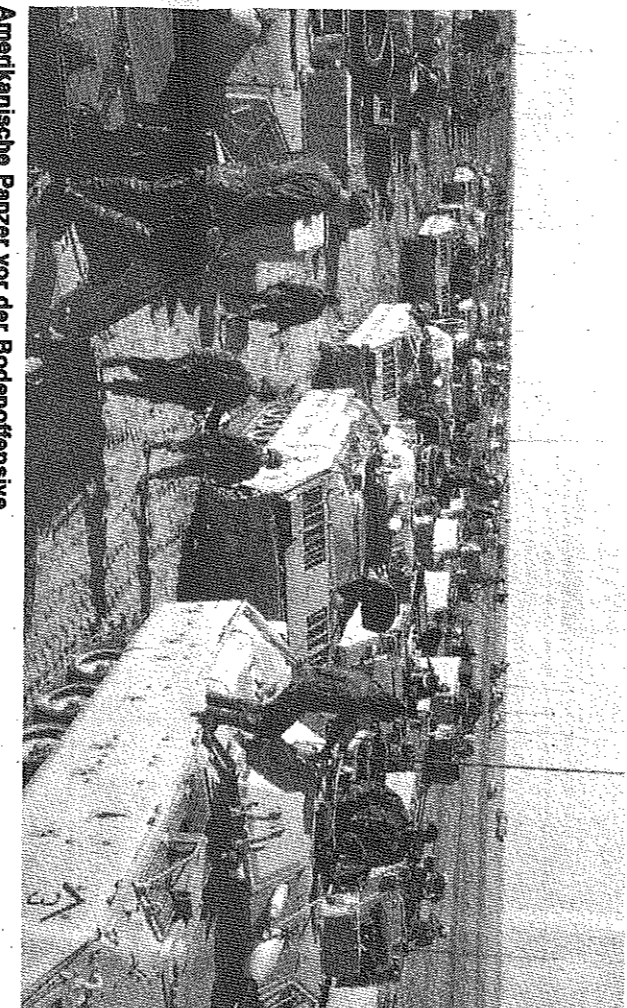
Imperialisten wie der iranische König Hussein die Hoffnung, daß er den US-Imperialismus herausfordern und einen Sieg davontragen könnte. Er versuchte auch mit Parolen für die Befreiung der Palästinenser und der Vereinigung des gesamten arabischen Volkes die Unterstützung der Bevölkerung zu mobilisieren. Doch es gelang

ihm nur teilweise. Die Arbeiter in den Land hatten nicht vergessen, selber ein tübler Diktator ist. Die der irakischen Soldaten war daher gut, zumal sie auch nicht den Strassen, ihr Leben für Kuwait aufzugeben zu setzen. In den letzten Kriegstagen sich die irakischen Soldaten in solcher Weise aus Kuwait zurück. Saddam Hussein hatte sie auch nicht mehr Nahrung oder Material versorgt.

Sieg der Menschenrechte

Der Krieg forderte das Leben von 150.000 Iraken und 500 Soldaten (offizielle Angaben). Das ist Vorgehen der USA hat aber vor massive Langzeitfolgen für die Zivilbevölkerung. Die Kindersterblichkeitsrate sich fast verdreifacht. Nach Studien amerikanischer Harvard-Universität sogar mit insgesamt 500.000.000.750.000 Toden gerechnet.

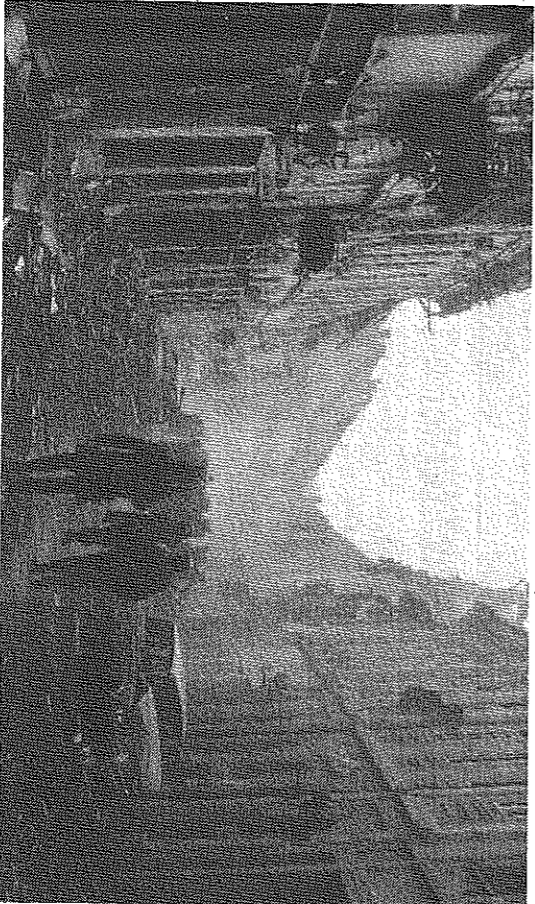
Das irakische Volk spürte am Leib, was für eine Heuchelei der „Kreuzzug der Demokratie“ hieß war. Nach dem größten und sten Krieg seit 45 Jahren herrschte in Bagdad nicht die Demokratie, dem der Hunger - und weiterhin Saddam Hussein.



Amerikanische Panzer vor der Bodensoffensive.

Stabilität und nach Möglichkeit eine Begrenzung des Konfliktes. Deshalb setzen zu Anfang alle auf den Erhalt Jugoslawiens. Das Selbstbestimmungsrecht der Kroaten und Slowenen war ihnen damals noch weitgehend egal. Außerdem fürchten die Länder, in denen selbst Nationalitätenkonflikte aufbrechen, daß die Unabhängigkeitsbestrebungen, z.B. der Basken in Spanien, Korsen in Frankreich oder Schotten in Britanien verstärkt werden. Die Provinzen Kosovo und Vojvodina - beide von Serben eingenommen - werden von Albanien bzw. Ungarn beansprucht. Italien beansprucht die istrische Halbinsel und Griechenland, Albanien und Bulgarien erheben Ansprüche auf Mazedonien.

Jugoslawien - Krieg mitten in Europa



Das zerstörte Vukovar in Kroatien.

Der Krieg in Jugoslawien hat inoffiziellen Schätzungen des Roten Kreuzes zufolge bereits 25.000 Tote gekostet (Financial Times, 17.12.91). Der Propaganda in den bürgerlichen Medien zufolge ist der Fall ganz einfach: die bösen Serben haben die guten Kroaten überfallen und wir - zivilisierte Europäer - stehen jetzt den Guten bei.

Aber so einfach ist es nicht. Vor dem Hintergrund massiver wirtschaftlicher Probleme setzen die Herrschenden Bürokraten mehrerer jugoslawischer Teilrepubliken auf die nationale Karte. Die 1990 an die Macht gekommenen bürgerlichen Regierungen in Kroatien und Slowenien wollen eine Zukunft als „unabhängige“ kapitalistische Staaten. Die Herrschenden wollen auf diesem Weg

hängigkeit waren nicht in ihrem Interesse. Sie setzte auf den Kampf für ein serbisch dominiertes Jugoslawien bzw. für ein Großserbien, daß serbisch bewohnte Gebiete in den anderen Teilrepubliken, vor allem in Kroatien (dort leben 600.000 Serben) einschließt.

„Teile und Herrsche“ auf dem Balkan

Die Wurzeln für den Konflikt liegen in der „Teile und Herrsche“-Politik der europäischn Mächte auf dem Balkan. Ihr Kampf um die Aufteilung der Einflußsphären bestimmte das Schicksal der dort lebenden Völker. Besonders tiefe Wunden hat die deutsche Besetzung während des Zweiten Weltkriegs und der Völkermord des katholisch-faschistischen „Ustascha“-Regimes an Serben, Juden und Roma in Kroatien gerissen. Sie wurden zum Teil durch den gemeinsamen Kampf von Serben und Kroaten gegen die Besetzung und die wirtschaftlichen Erfolge unter Tito in der Nachkriegszeit wieder geteilt. Als die Planwirtschaft in Jugoslawien ihre Grenzen erreichte und zu Stagnation und Krise führte, weil sie nicht auf Arbeitende kroatierte, sondern auf einer stalinistischen Diktatur basierte, brachen diese Wunden wieder auf - bzw. wurden von den Herrschenden bewußt wieder auf-

gebrochen.

Das Vorgehen der EG-Staaten ist dominiert von den Interessen der deutschen Konzerne in Bezug auf Osteuropa. Hauptinteresse der Herrschenden in Europa

Gibt es einen Ausweg?

Das Eingreifen der EG oder der UNO würde die Herrschaftsverhältnisse nicht ändern. Und das Programm der bürgerlichen Nationalisten für Selbstbestimmung auf kapitalistischer Grundlage stellt eine unlösbare Aufgabe, denn die Ansprüche der Kroaten auf einen eigenen unabhängigen Staat sind an sich genau so legitim wie die Ansprüche der

zu Kroaten, sondern zu Serbien gehen zu wollen. Der jetzige Konflikt ist a dem nur der Beginn einer Reihe von Konflikten, vor allem um die Aufrechterhaltung der Bosnien-Herzegovina, das ein b Gemisch verschiedener Völkern sozusagen ein „jugoslawien im Kleinen“ darstellt.

Eine „neue Welto Wohlstand auf der versprochen. Aber zeigt, daß für die Bevölkerung die Ordnung ist, je mehr ihren Interessen e

Der einzige Ausweg aus der Ba des Bürgerkrieges ist ein Programm die Rechte der einzelnen Völker kennt, aber an die erste Stelle die E der Arbeiter aller Nationalitäten Kampf gegen ihre jeweiligen Herr stellt. Eine von den Arbeitern ko lierte und geplante Wirtschaft mu Bestrebungen der Bürokraten und i Kapitalisten entgegengesetzt we „Reformen“ weiter ins Elend zu st und zum Ausbeutungsobjekt der europäischn Staaten zu machen. Zusammenschluß sozialistischer St des Balkans könnte die Grundlag der wirkliche Selbstbestimmung und k kritische Rechte aller Minderheiten Umsetzen kann ein solches Programm nur die Arbeiterklasse der kanstaaten. Die Kriegsmüdigkeit die Desertationen sowie Kämpfe wirtschaftliche Verbesserungen m die Ansatzpunkte für gemeinsame tonen der Arbeiter sein. Auch di mittelbaren Aufgaben der Selbstver gegen die Gewalt der Natürchen und der Bundesarmee müssen den Arbeitern unabhängig von der gehtlichen Kräften gelöst werden. U hängige Arbeitermilizen und -w dungsprozesses müssen auf der G lase der Front der Arbeiter aller N

Jahresrückblick '91

Neuen Weltordnung

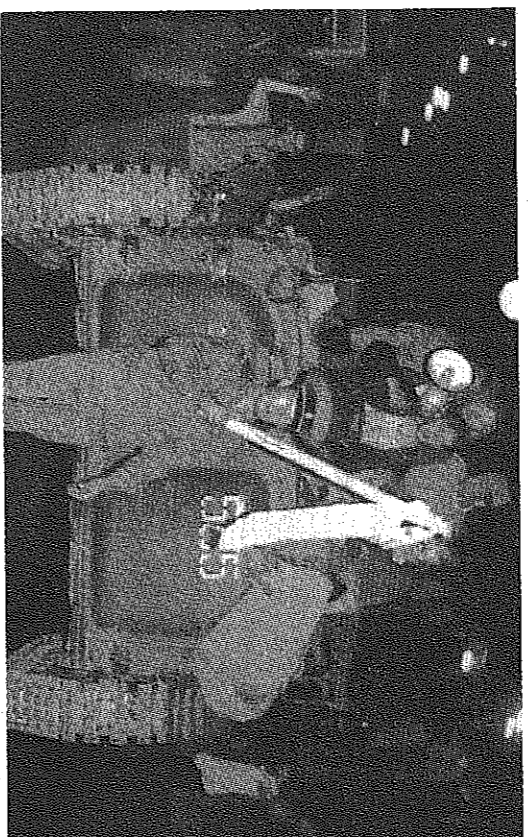
Das Ende der Sowjetunion

60 Stunden dauerte der Putsch in der Sowjetunion. Er war das bedeutendste Ereignis des Jahres und stellt einen entscheidenden Wendepunkt in der Nachkriegsgeschichte dar. Die Macht der Rubschisten vom konservativen Flügel der Zentralbürokratie war mit dem Erlaß der Union verknüpft. Mit dem Putschversuch erreichten sie genau das Gegenteil: den schnellen Zerfall der Sowjetunion.

Mit Militäraufmärschen in Moskau und Leningrad versuchten die Putschisten, die Bevölkerung einzuschüchtern. Sie hofften zudem, daß die Unzufriedenheit mit Gorbatschow so groß sei, daß die Bevölkerung keinen Widerstand leisten würde. Immerhin unterstützten ihn nur noch 14% der Sowjetbürger. Streikende Bergarbeiter hatten im Frühjahr seinen Rücktritt gefordert. Es hatte große Demonstrationen gegen die explodierende Inflation gegeben. Doch wieso sollte die Arbeiterklasse die Rückkehr des alten stalinistischen Regimes akzeptieren? Alle Versprechen, daß die Versor-

gungslage verbessert würde, nutzten nichts. Für die Bevölkerung hätte ein Sieg der Stalinisten vor allem den sofortigen Abzug der demokratischen Rechte bedeutet. Nach den ersten Stunden, wo Ratslosigkeit und Zögern herrschte, wozu sich immer mehr Arbeiter und Ju-

gendliche eroberten beim Kampf gegen den Putsch, sondern zum Erhalt von Macht und Privilegien die Marktwirtschaft langsam unter ihrer Kontrolle einführen. Deshalb reagierten die westlichen Regierungen auch am ersten Tag verhalten auf den Machtwechsel im Kreml. Sie hätten auch sehr gut mit den Putschisten leben können. Doch dann schwenkten sie schnell dazu über, den Sieger Boris Jelzin als Volkshelden und Demokraten hochzujubeln. Der konnte sich auch anfangs



Jugendliche eroberten beim Kampf gegen den Putsch einen Panzer.

Vor dem Hintergrund der instabilen Lage spaltete sich die Bürokratie. Gorbatschow stützte sich das eine Mal auf die sogenannten Reformen, das andere Mal auf die Konservativen. Doch nationale Unabhängigkeitsbestrebungen unterhöhlten die Macht der Kremel-Bürokratie. Der Reformflügel hatte seine Stellung bis zum Zeitpunkt des Putsches immer mehr ausgebahnt. Den wachsenden Unmut der Bevölkerung mit der politischen Zentralmacht nutzte Jelzin geschickt aus. Er heizte die russisch-nationalistische Stimmung an und ließ sich mit dem Image des Anti-Bürokraten und Demokraten zum Präsidenten der Republik Rußland wählen. In dieser Position weitete er seine Machtbefugnisse aus, was die Macht der alten Zentralbürokratie bedrohte. Wenige Tage, bevor der neue Unionsvertrag verabschiedet werden sollte, der die Republik-Bürokraten noch unabhängiger von der Moskauer Bürokratie machen sollte, handelten die Konservativen schließlich. Auch sie wollten nicht die Planwirtschaft vertei-

gen, sondern zum Erhalt von Macht und Privilegien die Marktwirtschaft langsam unter ihrer Kontrolle einführen. Deshalb reagierten die westlichen Regierungen auch am ersten Tag verhalten auf den Machtwechsel im Kreml. Sie hätten auch sehr gut mit den Putschisten leben können. Doch dann schwenkten sie schnell dazu über, den Sieger Boris Jelzin als Volkshelden und Demokraten hochzujubeln. Der konnte sich auch anfangs

jetzt in den anderen osteuropäischen Ländern und der Ex-DDR Massenarbeitslosigkeit bedeuten. Auch wenn zur Zeit viele Menschen in der UdSSR Illusionen in die Marktwirtschaft haben, werden die konkreten Folgen auf den Widerstand der Arbeiterklasse stoßen und zu Streiks und Demonstrationen führen.

Daher hat der angebliche Demokrat Jelzin schon einmal Vorsorge getroffen. Den Haß der Bevölkerung gegen die al-

ten Stalinisten nutzte er nicht nur, um die KPdSU zu verbieten (in der auch er seine Karriere gemacht hat), sondern auch, um die Möglichkeiten für Arbeiter, sich in den Betrieben zu organisieren, zu beschneiden. So will er sich nicht nur selbst vor den Protesten der Arbeiter schützen, sondern auch für westliche Unternehmer die Investitionen schmachtet machen.

Der Zerfall der Sowjetunion wurde durch das Scheitern des Putsches beschleunigt. Ende des Jahres erfolgten die Unabhängigkeitsklärungen der Republiken und die historische Entscheidung über die Auflösung der Sowjetunion zum Jahresende. Es wurde deutlich, wel-

Aufschwung der 80er am Ende

Der langanhaltende Wirtschaftsaufschwung der 80er Jahre ist am Ende. In den USA, Kanada, Großbritannien und einigen anderen europäischem Industrieländern gab es 1991 Steagnation oder gar Rezession in der Wirtschaft.

An den Börsen konnte man starke Schwankungen beobachten. Dies ist ein deutliches Anzeichen dafür, daß bei den Kapitalisten selbst große Unsicherheit über die wirtschaftlichen Perspektiven

herrscht. Der Internationale Währungsfond (IWF) hatte sich in seiner Schätzung von 1990 kräftig geirrt. Er erwartete, daß die weltweite Produktion 1991 um 2,4% wachsen werde. Ende 1991 mußten diese Zahlen korrigiert werden: für die Welt 1% Wachstum, für die USA sogar einen Rückgang um 0,2%. Der IWF sagte nun, daß vier westliche Länder - USA, Kanada, Italien und die BRD - besondere Anstrengungen machen müssen, um die

Staatsausgaben zu reduzieren. Die Staatsverschuldung ist inzwischen auch in den westlichen Industrienationen eine weitverbreitete Krankheit. An erster Stelle stehen die USA, die vom größten Gläubiger zur größten Schuldnernation geworden sind.

USA

Die Haushaltsverschuldung beträgt nun 3000 Mrd. Dollar. An erster Stelle des Haushalts stehen jetzt nicht mehr die Rüftungsausgaben, sondern Zinszahlungen. Für einige hat sich der Aufschwung gelohnt. Die Einkommen der obersten ein Prozent der US-Familien wuchsen zwischen 1979 und 1989 um 75%. Für die „Normalbevölkerung“ sind die Reallohne im gleichen Zeitraum um 9,3% gesunken. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich vergrößert. Inzwischen sind 10% der Amerikaner auf Lebensmittellasten angewiesen (1970 waren es noch 2%). Doch nicht nur die Zahl der Armen hat sich vergrößert. Soziale Unsicherheit und Angst um den Arbeitsplatz macht sich auch bei gut bezahlten Facharbeitern und Bankangestellten breit. Viele sind verschuldet, denn ein weiteres Standbein des Booms der 80er Jahre waren billige Kredite, um den Konsum anzukurbeln. Gleichzeitig

der Amerikaner hat Vertrauen in Bush's Wirtschaftspolitik.

Japans Wirtschaft

In Bezug auf Exporte gehörten japanische Konzerne auch 1991 wieder zu den Gewinnern: Der Handelsüberschuß war im September 41,7% höher als im gleichen Monat 1990. Und trotzdem hat auch Japan im letzten Jahr eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums gemerkt. Trotz der Stärke auf dem Weltmarkt müssen japanische Firmen Profitfeldern in den USA aufgeben. Ende des Jahres erwarteten sie nur noch den Verkauf von 644.000 Stück. Allein in den Monaten März bis September 1991 fielen Toshiba's Profite um 62,6%. Sony scheint es nicht viel besser zu gehen, jedenfalls überlegen die, ihre Investitionen im neuen Jahr um 30% zu verringern.

Europa und Deutschland

In Frankreich, Italien und den Niederlanden gab es Protestbewegungen und Verschuldung auf ihrem Rücken abwälzen wollten (siehe VORAN Nr. 135/136). Auch in Deutschland sehen wir die Pro-

the Konflikte in der Zukunft zu erwarten sind. Jelzin versucht als Führer der großen Republik das Erbe der SU - Militäri- und Zentralgewalt - an Rußland (d.h. vor allem an sich selbst) zu übergeben. Daraufhin gab es Demonstrationen in der Ukraine. Doch ist Jelzin auf Probleme gestoßen, die es nicht so einfach machen, die Vorherrschaft zu übernehmen. Da in der Sowjetunion die verschiedenen Wirtschaftszweige auf die Republiken verteilt wurden, besteht auch eine Abhängigkeit Rußlands z.B. vom Getreide der Ukraine. Die Republiklicher Rußlands, der Ukraine und Weißrußlands versuchen wegen der gemeinsamen Abhängigkeit nun, ein neues Bündnis einzugehen. Doch gleichzeitig sehen wir, wie die Herrscher der Einzelrepubliken auf die nationalistische Karte setzen. Es wird immer wieder zu Konflikten zwischen den Republiken kommen, möglich sind militärische Auseinandersetzungen wie in Jugoslawien, bei deren im schlimmsten Fall sogar Atomwaffen eingesetzt werden könnten.

Die Lage ist wirtschaftlich und politisch instabil. Daher sind neue Putschversuche möglich. Auch Jelzins Herrschaft ist nicht sicher. Konservative Kräfte in der russischen Bürokratie äußern offen ihre Unzufriedenheit mit Jelzin. Im Dezember erhöhte Jelzin den Sold der Soldaten um 30%. Ist dies eine Maßnahme, um sich die Unterstützung des Militärs zu sichern? Mit der Freigabe der Preise zögert er, weil er Angst vor sozialen Explosionen hat. In Moskau rufen Plakate zum Hungertausch auf das „Weiße Haus“ (russisches Parlament) auf.

Das Abrutschen der Gesellschaft in den wirtschaftlichen Abgrund und die Gefahren des Nationalismus, wie sie sich in Jugoslawien bereits, im kleinen Maßstab zeigen, stellen die Arbeiterklasse vor die gleichen Aufgaben: Aufbau von unabhängigen Gewerkschaften und einer Arbeiterpartei, die sich gegen die nationalen Spaltungsversuche stellen und sowohl gegen die Herrschaft der Bürokraten als auch gegen die Einführung der kapitalistischen Marktwirtschaft kämpfen. Kontrolle und demokratische Planung der Wirtschaft durch die Arbeiter selbst sind der einzige Ausweg aus Chaos und Barabarei.



bleiben. Die Bundesregierung neuen Montagsdemos der ostdeutschen Arbeiter gegenüber. Kohls Popularität, die er noch bei den Wahlen im Dezember 1990 hatte, war im Nu gesunken. Statt der bisherigen Landschaft, die er versprochen hatte, gab es im Osten den großen Produktionsabbau in der Geschichte. Während die Betriebe im Osten geschlossen wurden, waren die Kapazitäten in westlichen Produktionsstätten voll ausgelastet. Durch die Nachfrage im Osten haben die Unternehmer an der Vereinigung gut verdient. Die erkämpften Lohnnennungen der Arbeiter sind bei den meisten durch die hohe Inflation wieder aufgeessen worden. Bei den diesjährigen Tarifverhandlungen wollen die Unternehmer keinen Abschluß in derselben Höhe zulassen. Sie wissen, daß die Sonderkonjunktur durch die Nachfrage im Osten ihrem Ende zugeht.

Trotz der verstärkten wirtschaftlichen Instabilität Deutschlands spielt es jetzt aber seine politische Rolle als dritgrößte kapitalistische Macht voll aus. Gleichzeitig gibt es die Vorbereitung darauf, eine eigenständige Außenpolitik auch militärisch zu untermauern, zunächst durch die Beteiligung an UN-„Blauhelmen“ und den Aufbau starker Truppen der Westeuropäischen Union.

Anselika Jeweleit, Kassel



Internationales

Belgien nach den Wahlen

Rechtsextreme gestärkt

Die Wahlen vom November 1991 haben die Parteienlandschaft in Belgien durcheinandergewirbelt. Nicht nur die Parteiführer, sondern auch die Wähler dürften über den Wahlausgang erstaunt gewesen sein. Das Ergebnis zeigt eindeutig eine massive Protestwahl gegen die etablierten Parteien. Der faschistische Vlaams Blok („Flämische Block“) gewann in Flandern den erschreckend hohen Stimmenanteil von 11,5%. In Antwerpen wurde er mit 25% sogar zur stärksten Partei und verdrängte damit die Sozialisten auf die unteren Plätze!

Ein Rückblick auf die letzten zehn Jahre macht den Unmut der Wähler verständlich. Seit 1989 wird jetzt die 9. Regierung gebildet werden, das macht im Schnitt eine Regierung pro Jahr! Im Vergleich dazu ist sogar Italien noch eine Insel der Stabilität. Die Belgier kommen in den letzten zehn Jahren wählen wie sie wollten, der Regierungschef ließ acht Mal immer wieder Wilfried Martens – an der Spitze verschiedener Koalitionen, auch wenn seine Partei die flämischen Christdemokraten, verloren hatte. Seine Politik blieb immer gleich: Sozialabbau, Kürzungen im Bildungsbereich und Stellenabbau im öffentlichen Dienst. Dies wurde zu meist mit dem extrem hohen Staats-schulden begründet.

Sind nun nach zehn Jahren Sparpolitik die Staatsschulden abgetragen? Das Gegenteil ist der Fall. Allein in den letzten fünf Jahren seit 1986 sind sie von 250 auf ca. 400 Mrd. DM (120% des jährlichen Brutto sozialprodukts) gestiegen und haben Belgien die höchste Pro-Kopf-Verschuldung in Europa besetzt. Ähnlich wie hier in Deutschland war die Sparpolitik nur ein Mittel für die kräftige Umverteilung von unten nach oben. Die Arbeiterklasse mußte in der ersten Hälfte der 80er Jahre einen Kaufkraftverlust von 15% erleiden. Zur gleichen Zeit stiegen die Profite der Unternehmer um 22% (1982) bzw. 17% (1985).

Streikbewegung
Die Arbeiter haben sich nicht mit dieser Kahlschlagpolitik abgefunden. Sie ließen nichts unversucht, um Martens loszuwerden. Wenn es an der Wahlfront mangels Alternativen nicht gelang, wurde an der Streikfront versucht, die Angriffe zurückzuschlagen – vor allem im öffentlichen Dienst. 1983 erschütterte eine langanhaltende Streikwelle das Land. Als Martens nach den Wahlen 1985 erneut eine konservative Koalition anführte, folgte von März bis Mai 1986 – angefangen von Schülern und Lehrern – eine neue Streikwelle. Am 6. Mai mündete die Streikbewegung im öffentlichen Dienst in einen Generalstreik. Im Privatsektor blieb es auch nicht ruhig. Am militanteren waren die Bergarbeiter, die für den Erhalt der wenig verbliebenen Zecken streikten.

Der Druck der Basis auf die Spitze

Schweden

Wir stoppten die Faschisten

Offensiv, die schwedische Schwerezerzeugung von VORAN, gab den Anstoß für die bisher größten antifaschistischen Demonstrationen in Schweden am 30. November.

10.000 gingen in Stockholm auf die Straße, um den alljährlichen Marsch der Faschisten zum Denkmal König Karl XII zu stoppen. Die Menge hinter den 500 Faschisten daran, bis zum Denkmal zu kommen. In Lund, Südschweden, hielten 2000 den Marsch von 250 Faschisten auf. Junge Leute

Christdemokraten aus den 50er Jahren) bei. Gestützt auf ein Wirtschaftswachstum von ca. 4% versprachen die Sozialisten zwar kleinere Reformen, führten aber in der Regierung die Angriffe der Kapitalisten fort.

In den letzten drei Jahren gab es Lohnerhöhungen von insgesamt 10% im öffentlichen Dienst und 12% in der Privatwirtschaft. Die Beschäftigten empfanden diese aber keinesfalls als Geschenk, denn sie wurden durch Rationalisierung und Flexibilisierung der Arbeit teurer erkauft – oder durch Streik erzwungen, wie in der chemischen Industrie. Die große Koalition hat die Unzufriedenheit mit den großen Parteien und den Drang, ihnen einen Denkzettel zu verpassen, immens gestärkt. Dazu gewonnen haben ja nicht nur der flämische Block, der seinen Stimmenanteil verführte, sondern auch die Grünen in der Wallonie, die als links von den Sozialisten stehend angesehen wurden. Ihr Stimmenanteil erhöhte sich auf 10%, was eine Vertiefung bewirkte.

Wie groß die Politikverdrossenheit oder der Haß auf die Etablierten ist, belegt am krassensten das überraschende Abschnitten der RO.S.S.E.M., der Partei des Clovins und Exzentrikers van Rossum, einer zweifelhaften Figur, die zur Zeit der Wahlen wegen mehrfacher Schenkung in Millionenhöhe im Gefängnis saß. Seine Partei trat für weniger Politik, weniger Steuern und mehr Demokratie ein und gewann auf Anhieb drei Sitze. Van Rossum selbst erhielt in Antwerpen die meisten Stimmen aller Direktkandidaten! Im Gegensatz zu den anderen Parteien, die sich mit der Ausländerdebatte zu überbieten versuchten, war RO.S.S.E.M. entschieden dagegen und gewann einige Stimmen auf der Linken.

Nationalismus
Im Zuge des Zusammenbruchs des Stalinismus und der Folgen der kapitalistischen Krisen ist der Nationalismus in vielen Ländern zu einem ernsthaften Problem für die Arbeiterklasse geworden. Er wird von den Herrschenden benutzt, um die Arbeiterklasse zu spalten. Durch die Schwäche des belgischen Kapitalismus wurde in Belgien die nationale Frage nie gelöst und hat sich in den letzten Jahren stetig verschärft. Das Wirtschaftsgefälle zwischen der Wallonie (Für die Unternehmer zunehmend unprofitabel Stahl- und Bergbauindustrie) und Flandern (moderne Industrie, Maschinenbau und Elektronik) verstärkte sich in den letzten Jahren. Die Illusion, alleine besser dazustehen, verstärkte sich vor allem bei den Flamen. Vor Jahren, als es der Wallonie wirtschaftlich besser erging als jetzt, war es genau umgekehrt. Die Bourgeoisie und ihre Parteien

mokratische Partei (CVP) verlor sieben Sitze und die Sozialisten gewannen fünf dazu.

Große Koalition

Mit insgesamt 72 Sitzen wurden die Sozialisten zur stärksten Kraft vor den Christdemokraten mit 62 Sitzen. Eine Neuaufgabe der geschwächten konservativen Koalition aus Christdemokraten und Liberalen brach nach wenigen Monaten zusammen. Statt Neuwahlen zu fordern, die sehr wahrscheinlich eine vernichtende Niederlage für die Konservativen bedeutet hätten, traten die Sozialisten im Mai 1988 einer großen Koalition aus Christdemokraten und der flämischen Volksunie (Volksunion, eine Rechtsbspaltung der

Sie haben es geschafft, die früheren Wähler der wallonischen Nationalisten anzuziehen. Bei den letzten Wahlen obwohl an siebter Stelle gesetzt, erhielt Dhousse mit 38.000 Stimmen vierter mehr als die Spitzenkandidatin. Die Parteiführung hat ihm bereits einen Ministerposten angeboten, um ihn ruh zu stellen. Aber alles in allen bleibt die Gruppe eine linksnationalistische Opposition, die die Spaltung der Arbeiterklasse Belgiens eher vertiefen wird.

Einheit durch die Arbeiterklasse

Jeder fragt sich, wie die neue Regierung aussehen wird. Es ist möglich, dass zuerst die Sozialisten mit den rechtstehenden Liberalen und der Volksunie eine Regierung bilden, eine Regierung, die wahrscheinlich mit der Zeit auseinanderfallen und für eine Neuaufgabe der großen Koalition Platz machen wird. Egal wer regiert, er würde sich großen Problemen als in den letzten Jahren gegenübersehen. Während die Wirtschaft 1988/90 noch durchschnittlich um 4% wuchs, wird für 1991 nur ein Wachstum von knapp 1% erwartet. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei 11% mit steigender Tendenz. In Wahrheit ist sie aber höher, da die offiziellen Zahlen Arbeitnehmer über 54 Jahren und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht berücksichtigen. Die 11% wird in Hinblick auf die „Europäische Wirtschaftsunion“ massiven Druck ausüben, den Schuldenberg zu senken. Dabei geht schon heute ein Drittel des Staatshaushalts für Zinsen- und Zinseszins aus. Wegen der steigenden Zinsen werden die Unternehmer noch mehr Steuern erleichtern fordern. Der kapitalistischen Logik folgend wird es zukünftige Regierungskoalition zu zwingen sein, den Lebensstandard der Arbeiter weiter anzugreifen.

Ähnlich wie in den 80er Jahren werden die Arbeiterklasse über Sprachengrenzen hinweg versuchen, diese Angriffe abzuwehren. Solche gemeinsamen Aktivitäten werden die Notwendigkeit einheitlicher Arbeiterorganisationen (zum Beispiel die Vereinigung flämischer und wallonischer Sozialisten) sowie die Vorzüge eines einheitlichen Staates erkennbar machen.

Gaëtan Keyfars, Aachen SPD-Mitglied

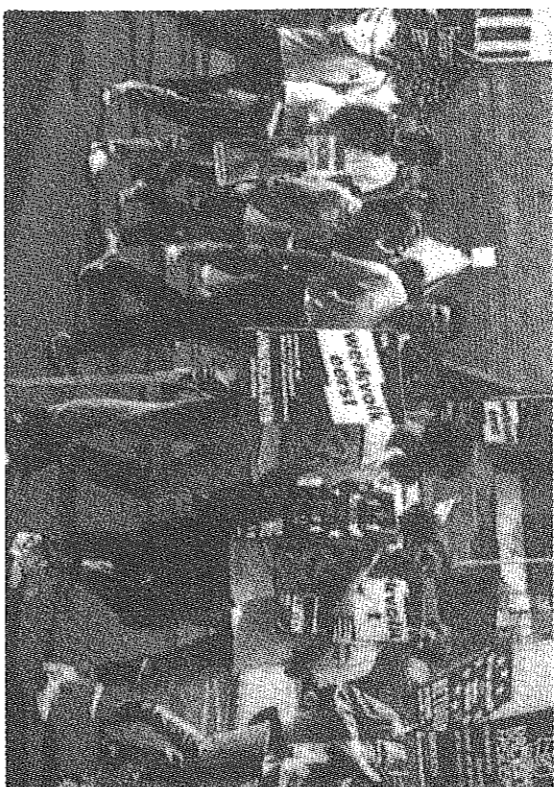


Die „Blockbusters“ sind eine Organisation zum Kampf gegen den faschistischen „Vlaams Blok“, die von Unterstützern der belgischen marxistischen Zeitung „VONK“ gegründet wurde.

mokratische Partei (CVP) verlor sieben Sitze und die Sozialisten gewannen fünf dazu.

Große Koalition

Mit insgesamt 72 Sitzen wurden die Sozialisten zur stärksten Kraft vor den Christdemokraten mit 62 Sitzen. Eine Neuaufgabe der geschwächten konservativen Koalition aus Christdemokraten und Liberalen brach nach wenigen Monaten zusammen. Statt Neuwahlen zu fordern, die sehr wahrscheinlich eine vernichtende Niederlage für die Konservativen bedeutet hätten, traten die Sozialisten im Mai 1988 einer großen Koalition aus Christdemokraten und der flämischen Volksunie (Volksunion, eine Rechtsbspaltung der



Demonstration gegen den „Vlaams Blok“.

regionalen Regierungen (vier an der Zahl bei 10 Mio. Einwohnern). So recht will keiner mehr die Zentralregierung finanzieren. Alle Parteien sind in flämische und wallonische Teile gespalten, inklusive der Sozialisten. Auch die Sozialisten schlagen sich auf die Seite der jeweiligen Herrschenden, wenn es um die „nationalen Belange“ geht. In der sozialistischen Partei der Wallonie hat sich so etwas wie eine kleine linke Opposition um Dhousse aus Lüttich gebildet. Dhousse ist einer von den sogenannten sieben Rebellen, die es 1989 abgelehnt hatten, Massenentlassungen im öffentlichen Dienst in Lüttich durch die sozialistische Mehrheitsfraktion mitzutragen.

Diese Gruppe stellt zwar einige radikale und vernünftige Forderungen, die bei den Arbeitern gut ankommen, aber aus stark nationaler wallonischer Sicht.

Die Wahlergebnisse

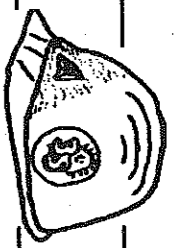
Vom November '91 für die wichtigsten Parteien: Bei Christdemokraten, Sozialisten, Liberalen und Grünen sind die Ergebnisse der jeweiligen flämischen und wallonischen Parteien zusammengezählt. Christdemokraten 24,4% (57 Mandate/minus 5); Sozialisten 25,6% (63/-9); Liberale 20,1% (46/-2); Grüne 10% (17/+8); Volksunie 5,9% (10/-6); Vlaams Blok 6,6% (12/+10); R.O.S.S.E.M. gewann in Flandern 8% der Stimmen (3 Mandate/+3), der Vlaams Blok 11,5%.

zum Platz durchzukommen. Nur kleine Gruppen erreichten uns und versuchten uns anzugreifen, wurden aber davongejagt.

Um 22.00 Uhr verlief unsere Demonstration mit Gesang und Sprechchören den Platz. Wir wußten, daß wir einen tollen Sieg errungen hatten. Diese antirassistische Massenmobilisierung schockierte das gesamte schwedische Establishment. Die kapitalistische Presse beschrieb sie als „die Schlacht um Kungälv“ (der Name des Platzes) und „die Nacht des Bösen“, wo beide

Seiten gleich schlammig gewesen seien. Die konservative Justizministerin sagte, unsere Demo hätte das Versammlungrecht der Faschisten beeinträchtigt und kündigte eine Untersuchung an. Der an dem Abend verantwortliche Polizeichef beschuldigte unsere Demonstration für die Gewalt. Wir hatten in den letzten Tagen die Gelegenheit, diese Anschuldigungen zu beantworten. *Offensiv*-Vertreter befragten Interviews in den meisten landweiten Medien. Viele der Teilnehmer der Demo haben die Rolle von *Offensiv* erkannt. Ein Zeichen ist, daß wir an dem Samstag in Stockholm mehr als 200 Zehntausende verkauften und in Lund und Stockholm am Freitag und Samstag mehr als 3000 DM sammelten.

Arne Müller, Stockholm *Offensiv*-Initiativ



Aus Betrieb und Gewerkschaft Tarifrunde und drohende Entlassungen Kämpfe der Stahlarbeiter verbinden

Fast zeitgleich mit der Besetzung der Stahlwerke von Hennigsdorf und Brandenburg durch die Belegschaften zum Schutz ihrer Arbeitsplätze demonstrierten die Stahlarbeiter an der Ruhr gegen die geplante Fusion von Krupp und Hoesch. Dies würde ebenfalls für Tausende Arbeiter den Gang in die sichere Arbeitslosigkeit bedeuten. Krupp und Hoesch beschäftigen immerhin zusammen etwa 111.000 Menschen und haben eine in weiten Bereichen identische Produktpalette.

Gleichzeitig begann die Eisen- und Stahltarifrunde. Am 10. Dezember beteiligten sich zehntausende an Warnstreiks. Die IG Metall verlangt eine deutliche Anhebung der in den letzten Jahren nur schwach gestiegenen Stahlarbeitslöhne um 10,5%. Dies trifft erwartungsgemäß auf den hysterischen

Widerstand der Konzernbosse und ihrer politischen und publizistischen Handlanger. So möchten die hohen Herren am liebsten die Tarifverhandlungen erst in einem halben Jahr, nach dem 1. Mai 1992, aufnehmen. Bis dahin sind sie bereit, den Stahlarbeitern befristeter 100 DM, den Azubis 50 DM im Mo-

Parallele zu Rheinhausen

Die Situation ist ähnlich wie im Winter 1987/88, als der Kampf zum Erhalt des Stahlwerks Rheinhausen parallel zur Stahltarifrunde lief. Damals blockierte die IG Metall-Führung alle Basisforderungen nach einer Verbindung des Tarifkampfes mit dem Kampf für den Erhalt aller Standorte und Arbeitsplätze ab und orientierte auf Verhandlungen um Ersatzarbeitsplätze in der Region.

1988 setzte dann eine Belebung in der Stahlbranche ein, die unter anderem dazu führte, daß die Schließungspläne für Rheinhausen verschoben wurden und die Arbeiter stattdessen Überstunden kloppen mußten. Jetzt geht die stahlerzeugende Industrie weltweit immer mehr unter Druck. Kennzeichnet durch erhebliche Überkapazitäten, einem damit verbundenen Preisverfall und einer, wie es das Handelsblatt nennt, „konjunkturellen Flaute“ stehen die auf dem geschrumpften Weltmarkt noch mithaltenden Stahlproduzenten in einem möderischen

Wettbewerb. Die Folge sind international verstärkte Kooperations- und Fusionstbestrebungen. Parallel hierzu verstärken alle Konzerne ihre Flexibilisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen, was nichts anderes als massierten Arbeitsplatzabbau und in letzter Konsequenz die Schließung sogenannter „unrentabler“ Bereiche bedeutet. Während also wieder einmal mit allen Mitteln versucht wird, die Gewinne der Aktionäre zu sichern, müssen die Arbeiter einer ganzen Industriebranche um ihre Arbeitsplätze und damit um ihre Existenzgrundlage fürchten.

In Ostdeutschland wird zur gleichen Zeit unter Federführung der Treuhand ein Stahlwerk nach dem anderen stillgelegt oder privatisiert, das heißt an in- oder ausländische Konzerne veramscht. Die Folgen sind auch hier Massenentlassungen und Existenzängste.

Kampf um jeden Arbeitsplatz!

Es ist an der Zeit, die Lehren aus dem Kampf um Rheinhausen zu ziehen. Falsch wäre es, Privatisierungen und Massenentlassungen „sozial abtndern“ zu wollen oder gar alternative Arbeitsplatzbauprogramme wie etwa „Hoesch 2000“ zu favorisieren, wie dies auch von der IG Metall-Führung momentan propagiert wird. Der Kampf um den Stahltarif muß für gleiche Löhne in Ost und West geführt und mit der kompromißlosen Verteidigung

Studentenwerke NRW Kampf um Planstellen erfolgreich

Einen Teilerfolg errangen die 2700 Beschäftigten der Studentenwerke in NRW (Beschäftigte der Mensen, BA-WissG-Abteilungen, Wohnheime). Das Wissenschaftsministerium in Düsseldorf bewilligte ihnen Anfang Dezember 99 Planstellen und einen Nachschlag in Höhe von sechs Millionen

DM im Haushalt 1991/92. Zur Vorgeschichte: Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst verzichteten in früheren Tarifrunden auf Lohnzuwachs zugunsten einer Arbeitszeiterkürzung. Ihre Absicht war, die vorhandene Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen, damit arbeitslose Kolleginnen



In den Granitsteinbrüchen im Bayerischen Wald führen 370 Arbeiter mit ihrer Gewerkschaft IG Bau Steine Erden seit dem 17. Juni einen erbitterten Kampf gegen die Kürzung der Akkordsätze und für mehr Lohn. Ihr Streik ist mit bisher sechs Monaten Dauer der weltweite längste in der Geschichte der Bundesrepublik.

und Kollegen eingestellt würden. Der Arbeitgeber, die SPD-Landesregierung, nutzte Lohnverzicht und Arbeitszeiterkürzung zur Rationalisierung durch die Hintertür. Für die 1. und 2. Stufe der Arbeitszeiterkürzung (1989 und 1990) gab es statt der erforderlichen 115 Planstellen nicht eine einzige. Gleichzeitig wuchs die Arbeitsbelastung infolge steigender Studenzzahlen. Die Beschäftigten und die Personalräte der Studentenwerke liefen Sturm. Mit Protestschreiben, spontanen Arbeitseinlegungen, einer Demonstration vor der SPD-Geschäftsstelle in Aachen machten sie der zuständigen Wissenschaftsministerin Anke Brunn deutlich: So kann es nicht weitergehen. In einer medienwirksamen Aktion führte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Personalräte der Studentenwerke in NRW, Manfred Engelhardt, einen Lauf für Planstellen durch. Er lief die 82 km lange Strecke von Aachen nach Düsseldorf im Non-Stop. Am Tag zuvor hatten die Studentenwerker in Aachen auf ihrer Personalversammlung dem örtlichen SPD-Landtagsabgeordneten noch mal kräftig Dampf gemacht. Die - wenn auch unzureichenden - Zugeständnisse der Wissenschaftsministerin und der Landesregierung sind das Ergebnis des entschlossenen und gemeinsamen Kampfes der Studentenwerker. Wer kämpft kann gewinnen.

Georg Kümmerl, Aachen
Jungeozialist



Hoesch-Arbeiter bei Belegschaftsversammlung: Protest gegen Krupp-Chef Cromme.

Fortsetzung von Seite 8 Treuhand unter Arbeiterkontrolle!

Wir war denn überhaupt während der zweitägigen Besetzung die Stimmung weiter Euch?

Wer nicht kämpft, hat gleich verloren. Es war uns klar, daß diese Aktion unsere einzige Chance ist, die Treuhandentscheidung rückgängig zu machen. Alle Kollegen waren fest entschlossen, die Betriebsbesetzung solange fortzusetzen, bis die Treuhand auf unsere Forderungen eingeht. Natürlich hätte jeder am liebsten wieder angefangen zu arbeiten, aber wir hatten keine andere Wahl.

Viele Betriebe in den FNL stehen vor der gleichen Situation wie Ihr in Hennigsdorf. Was denkst Du, warum gerade die Hennigsdorfer Arbeiter diese radikale Aktion gemacht haben?

Das Stahlwerk Hennigsdorf verfügt in dieser Hinsicht schon über Tradition. In den Tagen der Betriebsbesetzung ist von älteren Kollegen immer wieder der 17. Juni 1953 in Erinnerung gerufen worden, als der gesamte Betrieb geschlossen nach Berlin marschiert ist, um den Streik der Bauarbeiter in der damaligen Stahnhalle zu unterstützen.

Hennigsdorfer Arbeiter haben damals auch mit als die ersten politische Forderungen nach mehr Demokratie und Rechten für die Arbeiter aufgebracht. Was habt Ihr nun mit Eurer Betriebsbesetzung erreicht?

Die Treuhand mußte nach zwei Wochen einlenken. Zwar wird an Riva verkauft, aber es werden nun Beschäftigungsgesellschaften eingerichtet, die mindestens bis 1993 allen Kollegen einen Arbeitsplatz garantieren. Es wird also erstmalig keiner entlassen.

Wie denkst Du selber darüber?

Das Ergebnis ist zweifellos ein Erfolg. Es wäre aber noch mehr herauszuholen gewesen, wenn die SPD-geführte Regierungskoalition Brandenburgs und die Parteien wie die SPD und auch die PDS uns noch viel stärker unterstützt hätten. Vor allem aber hätten sich noch andere Betriebe unserer Aktion anschließen müssen, z.B. Stahlwerke und die von der Treuhand verwalteten Montanbetriebe. Hennigsdorf sollte aber vor allem allen Arbeitern ein Beispiel dafür sein, daß es sich lohnt, den Kampf aufzunehmen.

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name _____
Anschrift _____
Telefon _____
Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21 /13 45 04



Ich möchte **VORAN** abonnieren, 10 Ausgaben zu 18,- DM
zusätzlich _____ Exemplare von jeder Ausgabe zum Weiterverkaufen
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
ein VORAN-Förderabo zu DM _____ beziehen (ab 30 DM)
NEU: ein VORAN-„Schmupperabo“, 3 Ausgaben zu 5,- DM

Name, Anschrift, Telefon _____
Bitte Summe auf Spendenkonto überweisen (siehe oben). Abos werden nicht automatisch verlängert.

VORAN

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 137 - Januar 1992

1,- DM - Solidaritätspreis: 2,- DM

Gegen Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit Treuhand unter Arbeitserkennung

Die Arbeiter des Stahlwerkes Hennigsdorf haben mit ihrer 14tägigen Betriebsbesetzung im November und Dezember 1991 der Treuhand ein erstes Zugeständnis, die Einrichtung einer Beschäftigungsgesellschaft, abgerungen. Dieser Teilerfolg zeigt, was möglich ist. Zu lange schon wurden Massenentlassungen von den Arbeitnehmern in Ostdeutschland kampflos hingenommen. Das hat zu großer Frustration und Resignation geführt und die hochbezahlten Manager der Treuhand dazu ermüdet, weiteren Kahlschlag zu betreiben. Ende '91 sollten nochmal 500.000 Arbeiter entlassen werden.

Dieser Politik muß endlich ein Ende gesetzt werden. Dabei gilt es vor allem, die Verbindung zwischen dem Kampf der Arbeiter um Arbeitsplätze im Osten mit den berechtigten Tarifforderungen der Kollegen im Westen zu verbinden und auf alle Bereiche auszuweiten. Den Herrschenden darf es nicht gelingen, einen Keil zwischen Ost und West zu treiben! Das Ergebnis von Hennigsdorf ist nur ein Teilerfolg, denn endgültig gesichert sind die Arbeitsplätze nicht. Beschäftigungsgesellschaften und ABM sind nur ein kurzfristiger Aufschub der Arbeitslosigkeit. Die Treuhand handelt im Interesse der Bundesregierung und der Konzerne. Sie

will unliebsame Konkurrenz ausschalten und durch Vernichtung von Arbeitsplätzen die Kampfkraft von Gewerkschaften und Arbeitnehmern schwächen. ABM und Abfindungen sollen den Widerstand gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen brechen. Die Arbeiter selbst müssen die Kontrolle über die Treuhand, die Konzerne und die Betriebe ausüben. Der Verwaltungsrat der Treuhand darf nicht von gescheiterten Westmanagern, sondern muß von Vertretern besetzt werden, die wirklich die Interessen der Arbeiter durchsetzen. Er könnte aus gewählten und jederzeit wieder abwählbaren Vertretern von Gewerkschaften, direkten

Vertretern der Belegschaft und der Landesregierung bestehen. Die Mitglieder eines solchen Verwaltungsrates dürfen nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen. Solange die Treuhand nicht unter Kontrolle der Arbeitnehmer steht, wird sie sich immer wieder gegen die Arbeiter entscheiden!

Anife Zander, Berlin
Jungsozialistin

VORAN: Unterstützer aus Berlin
überbrachten den Arbeitern in Hennigsdorf eine Solidaritätsadresse und waren einige Tage vor Ort bei den Kollegen. Wir sprachen dabei mit Hardy Krüger, Jugendauszubildender Vertreter in der Hennigsdorfer Stahl GmbH.

VORAN: Wie kam es zu der Besetzung?
Hardy Krüger: Die ersten Überlegungen der Treuhand über den Verkauf des Stahlwerkes gab es vor einhalb Jahren. Die IG Metall machte dabei aber von Anfang an Druck, um bei der Entscheidung maßgeblich mitreden zu können. Wir erreichten im Vorfeld auch einige Zugeständnisse, z.B. einen Kündigungstopp. Am wichtigsten aber



Protest vor dem Stahlwerk Hennigsdorf.

beschloß, erstmal große Betriebsstellen zuzulegen und eine Abordnung zur Treuhandzentrale nach Berlin zu schicken. Bei dem dort stattgefundenen Gespräch zwischen unserer 30köpfigen Delegation und den Treuhandmanagern wurden aber alle Vorschläge unsererseits abgeblockt. Als wir dann nach Hennigsdorf zurückkamen, war der gesamte Betrieb besetzt.

Warum lehnt ihr das Treuhandkonzept, welches den Verkauf an den italienischen Stahlkonzern Riva vorsieht, ab?

Riva wollte nur den Kernbereich des Werkes. Das heißt, von den 5000 Beschäftigten wären nur 1050 übernommen worden. Die anderen Kollegen wären in eine Restgesellschaft ohne jegliche Überlebenschance gekommen.

Was hätte das für Hennigsdorf bedeutet?

Das Stahlwerk ist der größte Arbeitgeber in der Stadt und in der Umgebung. Die Umsetzung des Treuhandkonzeptes hätte die Arbeitslosigkeit auf über 50% anwachsen lassen. Die ganze

Region würde verschlingern?

Dieser Vorwurf ist absoluter Unsinn und eine Beleidigung für uns. Im Westen gibt es viele Kollegen aus Kuba, Mexiko, Argentinien, Angola und anderen Ländern, mit denen wir uns immer gut verstanden haben. Uns geht es um ein Konzept, welches den Erhalt unserer Arbeitsplätze garantiert.

Welche Resonanz gab es auf eure Aktion?

Gleich nach dem Beginn der Besetzung stand die ganze Stadt einschließl. der anderen Betriebe vor Ort auf unserer Seite. Aber auch von Kollegen aus anderen großen Betrieben wie der Badischen Stahlwerken, von Borsig Siemens, Rheinhausen und noch vielen anderen trafen zahlreiche Solidaritätsbekundungen ein. Unterstützung haben wir auch von Politikern der SPD, der PDS und den Jusos bekommen. Die hat allen Kollegen immer wieder großen Mut gegeben.

ten Verständnis für die Aktion. Dennoch kam es am Rande der Blockade, die den gesamten Verkehrsknotenpunkt für eine Stunde lähmte, zum Teil zu tumultartigen Szenen, in denen zwei Gewerkschafter von einem wütenden Autofahrer mit einer Pistole bedroht worden sein.

Thomas Kohlmann, Leipzig
Juso und SPD-Mitglied

Mauer und Blockade gegen die Treuhand

Zu einer Montagskundgebung vor dem Gebäude der Leipziger Treuhandleiterlassung hatten am 27.11.91 DGB und IG Metall aufgerufen. Im Verlauf der Aktion wurde von der DGB-Jugend die Tür des Gebäudes, in dem die Treuhand sitzt, zugemauert. Die Begründung war: „Wer unsere Zukunft verbaut, kriegt die Tür zugemauert.“ Zwischen 100.000 und 120.000 Arbeitsplätze verhielte sich in Sachen allein in der Metallbranche zum Jahresende an. Der Bezirksleiter der IGM aus Dresden, Hasso Düvel, kritisierte vor den ca. 500 Versammelten, daß die Treuhand sich einerseits in hohem Maße autoritär unternehmerisch betätigt, sich aber jeglicher Mitbestimmungsstruktur entzieht.

Gegen 10 Uhr hatten rund 150 Gewerkschafter aus Leipzig und Halle das Autobahnkreuz Schkeuditz blockiert. In allen Fahrrichtungen kam es daraufhin zu kilometerlangen Staus.



Autobahnblockade der IG Metall.